



An alle Mitglieder der  
Fachvereinigung Taxi/Mietwagen

01.09.2006  
KI/Er

## R u n d s c h r e i b e n Nr. 11/06

### Sondierungsgespräch mit den Krankenkassenverbänden

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie wir bereits berichtet haben, fand am Mittwoch, den 23. August, in der AOK Baden-Württemberg, Stuttgart, ein Sondierungsgespräch zwischen den baden-württembergischen Verkehrsverbänden und den Krankenkassenverbänden zu den Auswirkungen des Rahmenvertrages statt. Unser Verband war neben dem Unterzeichner durch die Vorstandsmitglieder Dornheim, Konstanz und Wohlleber, Freiburg vertreten. Auf Vorschlag von Herrn Wohlleber wurde auch Herr Dr. Weeck, TAXI Freiburg 55 55 55 GmbH zu der Besprechung hinzugezogen.

**Das Sondierungsgespräch brachte im Wesentlichen leider keine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte.** Der Sprecher der Kassenverbände, Herr Neumann von der AOK Baden-Württemberg, machte deutlich, dass eine Nachbesserung des Vertrages nicht in Frage komme, wo das Gewerbe die Vertragsbedingungen nicht anerkenne, werde die AOK Baden-Württemberg wieder mit Internetausschreibungen beginnen. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass 1.500 Unternehmen in Hessen den mit den Kassen vereinbarten Rahmenvertrag mit € 0,90/Besetz-km akzeptiert hätten. Falls die Verkehrsverbände eine Sonderregelung für großstädtische Bereiche anstreben, sei dies nur bei entsprechender Reduzierung des vereinbarten Kilometerentgeltes (€ 0,63) möglich.

Auf Verträge mit Fahrtenvermittlern angesprochen, wies Herr Neumann darauf hin, dass die AOK Baden-Württemberg nicht von sich aus derartige Verträge angestrebt habe, die Fahrtenvermittler seien vielmehr mit dem Angebot an die AOK herangetreten, Sammelfahrten koordinieren zu können. Derartige Angebote müsse die AOK Baden-Württemberg annehmen. **Es sei allerdings nicht beabsichtigt, sich auf solche Vermittlungsangebote in ganz Baden-Württemberg einzulassen, sondern nur in den Kreisen, in denen eine flächendeckende Versorgung mit Verkehrsleistungen nicht gewährleistet sei, weil das betroffene Gewerbe den Vertrag nicht akzeptiere.**

Die Freiburger Gewerbevertreter erläuterten noch einmal detailliert, weshalb die rahmenvertraglichen Entgeltbedingungen den großstädtischen Belangen nicht ausreichend Rechnung tragen. Es

wurde darauf hingewiesen, dass Taxizentralen per se über das notwendige Know-how verfügten, um Krankentransporte zu bündeln. Es wurde schließlich vereinbart, dass die Taxizentrale Freiburg hierzu eine Diskussionsgrundlage konzipiert, die Gegenstand der weiteren Erörterung - evt. unter Hinzuziehung von Taxizentralen anderer Großstädte - sein soll. Ob diese Verhandlungsoption zur Lösung der städtischen Probleme beitragen kann, bleibt abzuwarten. Die von den Verkehrsverbänden im Zuge der Rahmenvertragsverhandlungen bereits erhobenen Forderungen nach Einführung städtischer Mindestpauschalpreise sowie Öffnungsklauseln für Taxizentralen waren allesamt von den Kassenverbänden abgelehnt worden.

Am 29. und 30. August diskutierten alle BZP-Landesverbände in Soltau die mit den Vertragsverhandlungen mit den Kassenverbänden einhergehenden Schwierigkeiten. Es stellte sich heraus, dass überall die gleichen Probleme bestehen. Wo Rahmenverträge abgeschlossen werden konnten, sind die Bedingungen häufig ungünstiger als in Baden-Württemberg. Für die schwierige Verhandlungsposition der Verkehrsverbände wurde allgemein die Uneinigkeit des Gewerbes als Hauptursache hervorgehoben. **Übereinstimmend wurde die Auffassung vertreten, dass über Sondervereinbarungen vom Taxitarif abgewichen werden müsse, wenn sich das Taxigewerbe nicht gänzlich aus diesem Marktsegment verabschieden wolle.** Der Bundesverband wurde aufgefordert, sich stärker in der Öffentlichkeit zu positionieren und die unlauteren Praktiken der Kassenverbände medienwirksam anzuprangern. Zu diesem Zweck werden umgehend die BZP-Ausschüsse „Krankenfahrten“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ einberufen.

Wie einigen Verbandsmitgliedern bekannt ist, rechnen seit Mitte August die Stuttgarter Taxiunternehmen Krankenfahrten nicht mehr unmittelbar mit den Kostenträgern, sondern mit den Fahrgästen ab. Wie zu erfahren war, wird dieses Vorgehen von anderen großstädtischen Taxizentralen in Baden-Württemberg (noch) nicht praktiziert. Aus Verlautbarungen der AOK-Hauptverwaltung hierzu ist zu vermuten, dass ein Erfolg dieser Konfrontationspolitik mehr als fraglich ist.

Über die weitere Entwicklung halten wir Sie auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

**Verband des Verkehrsgewerbes  
Südbaden e.V.**



(Klug)